

Der Bundeshaushalt im Jahre 1953

Vorläufiger Rechnungsabschluß

Der Bundeshaushalt erzielte im Jahre 1953 bemerkenswert günstige Ergebnisse. Die ordentliche Gebarung wies einen Überschuß von 846 Mill. S auf, die Gesamtgebarung war das erstmal seit Kriegsende mit 111 Mill. S aktiv. Da der Bund außerdem über Erlöse aus der Post- und Opernanleihe verfügte, konnte er seine Kassenreserven um 306 Mill. S erhöhen¹⁾. Die konsolidierte Finanzlage des Bundes kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Zahlungs- und Anweisungsrückstände von 1.200 Mill. S auf 400 Mill. S vermindert und die im Jahre 1953 begebenen Anleihen nur teilweise beansprucht wurden.

Der Bundeshaushalt 1953

(Vorläufiger Gebarungserfolg)

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (-)
	Mill. S		
A. Ordentliche Gebarung			
Hoheitsverwaltung	13.631	15.328	+ 1.697
Monopole	487	674	+ 187
Betriebe	2.338	2.210	- 128
Eisenbahnen	4.577	3.667	- 910
Zusammen...	21.033	21.879	+ 846
B. Außerordentliche Gebarung			
Bundesinvestitionsprogramm	756	—	- 756
ERP-Investitionen	836	857	+ 21
Zusammen...	1.592	857	- 735
C. Budgetmäßiger Gesamterfolg	22.625	22.736	+ 111
D. Erlöse aus Kreditoperationen	—	481¹⁾	+ 481
E. Verminderung der Zahlungsrückstände	286²⁾	—	- 286
F. Kassenmäßiger Überschuß			+ 306

¹⁾ Erlöse aus Kreditoperationen: 298 Mill. S Bundesschuldverschreibungen 1953, 148 Mill. S Postkredit und 35 Mill. S Opernanleihe. Die Verrechnung erfolgt in der sogenannten Anlehensgebarung. — ²⁾ Abbau der Zahlungsrückstände von 504 Mill. S auf 218 Mill. S.

Der günstige Gebarungserfolg 1953 darf allerdings nicht überschätzt werden. Er war hauptsächlich einer kräftigen Zunahme der Einnahmen zu verdanken, die auf besondere Ursachen zurückgeht. Die Veranlagung der inflatorisch aufgeblähten Erträge des Jahres 1951 ließ das Aufkommen an veranlagten direkten Steuern sprunghaft steigen. Gleichzeitig wirkten sich verschiedene Steuer- und Tariferhöhungen des Jahres 1952 ganzjährig aus. Wiewohl das Volkseinkommen annähernd gleich blieb, waren daher die Gesamteinnahmen mit 22,7 Mrd. S um 1,6

¹⁾ Nach den österreichischen Haushaltsvorschriften werden die Erlöse aus Anleihen in der Anlehensgebarung, ihre Verzinsung und Tilgung jedoch in der ordentlichen Gebarung verrechnet.

Mrd. S oder 8% höher als im Jahre 1952. Scheidet man die ERP-Freigaben aus, die mit dem Versiegen der Auslandshilfe stark zurückgehen, so beträgt die Steigerung sogar 2,1 Mrd. S oder 11%.

Diese Mehreinnahmen ließen dem Bund einen gewissen Spielraum für zusätzliche *Ausgaben*. Er konnte mehr für Löhne, Pensionen und soziale Zwecke aufwenden, zusätzliche Belastungen aus der Wechselkursanpassung und aus dem Dienst der Staatsschuld übernehmen. Die Gesamtausgaben waren mit 22,6 Mrd. S um 1,2 Mrd. S oder 5% höher als im Jahre 1952.

Gemessen an den Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verhielt sich das Budget 1953 währungs- und konjunkturpolitisch neutral: die den Unternehmungen und privaten Haushalten im Wege öffentlicher Abgaben entzogene Kaufkraft kam im Wege öffentlicher Ausgaben wieder der Wirtschaft zugute. (Der kassenmäßige Überschuß von 306 Mill. S läßt sich aus Transaktionen zwischen dem Bund und dem Kreditapparat erklären und hat daher die private Kaufkraft nicht geschmälert²⁾). Das Budget 1953 leistete jedoch indirekt einen wertvollen Beitrag zur Belebung der Konjunktur. Die höheren Umsatzsteuer-rückvergütungen förderten den Export, die steuerliche Bewertungsfreiheit regte private Neuinvestitionen an, die Nachziehung der Gehälter der Bundesbediensteten und die umfangreichen sozialen Transferzahlungen des Bundes stärkten die Masseneinkommen und stützten dadurch den privaten Konsum. So gesehen leitete das noch im Zeichen der Stabilisierungsbemühungen konzipierte Budget 1952, das die Grundlage für die Gebarung des Bundes im Jahre 1953 war, organisch zu dem mehr konjunkturpolitisch orientierten Budget 1954 über, das durch Steuersenkungen und höhere öffentliche Investitionen auf unmittelbare beschäftigungspolitische Effekte abzielt.

Ausgaben

Das Budget 1953 weist Gesamtausgaben von 22.625 Mill. S aus; davon 21.033 Mill. S in der ordentlichen Gebarung und 1.592 Mill. S in der ao. Ge-

²⁾ Der Bund erhielt von den Kreditinstituten 183 Mill. S Post- und Opernanleihe sowie 240 Mill. S aus dem Abwertungsgewinn der Notenbank, tilgte aber gleichzeitig 106 Mill. S Kassenstärkungs-Schatzscheine.

barung. Die Mehrausgaben gegenüber dem Jahre 1952 von 1.175 Mill. S gehen hauptsächlich auf vier Ursachen zurück: auf das Nachziehverfahren für Bundesbedienstete und Pensionisten, auf höhere soziale Unterstützungen, auf die wachsende Staatsschuld sowie auf die Wechselkursanpassung, die vor allem den Sachaufwand der Bundesbetriebe erhöhte. Der laufende Sachaufwand der Hoheitsverwaltung und die Investitionen des Bundes haben sich dagegen nur wenig verändert. Im ganzen hat sich die Struktur der Ausgaben weiter von den Investitionen zu den Personalkosten und sozialen Transferzahlungen verschoben — eine Entwicklung, die seit dem Rückgang der Auslandshilfe unvermindert anhält.

Die Bundesausgaben 1953

	1952 Erfolg	1953 vorl. Erfolg Mill. S	Zunahme (+) Abnahme (—)
I. Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung			
Löhne und Gehälter ¹⁾	2.658	2.859	+ 201
Pensionen	1.147	1.257	+ 110
Renten und Unterstützungen	3.109	3.346	+ 237
Zuschüsse an Sozialversicherungsanstalten	1.074	1.037	— 37
Finanzausgleich und sonstige Überweisungen an öffentliche Körperschaften ..	130	115	— 15
Preisstützungen für Lebensmittel	1.098	1.083	— 15
Staatsschuld	211	510	+ 299
Besatzungskosten	476	421	— 55
Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben der ordentlichen Gebarung ²⁾ ..	969	1.149	+ 180
Sachliche Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben (Restpost) ³⁾	1.812	1.854	+ 42
Zusammen...	12.684	13.631	+ 947
II. Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe			
Monopole	461	487	+ 26
Post	1.827	1.938	+ 111
Bahn	4.263	4.577	+ 314
Sonstige	388	400	+ 12
Zusammen...	6.939	7.402	+ 463
III. Ao. Gebarung			
Bundesinvestitionsprogramm	535	756	+ 221
ERP-Investitionen			
Industrie	873	417	— 456
Sonstige	419	419	—
Zusammen...	1.827	1.592	— 235
IV. Ausgaben insgesamt	21.450	22.625	+1.175

¹⁾ Personalaufwand der Hoheitsverwaltung für aktive Bedienstete, zuzüglich der im Sachaufwand verrechneten Arbeiterlöhne, jedoch ohne die im Investitionsaufwand verrechneten Personalkosten. — ²⁾ Einschließlich Instandhaltung. — ³⁾ Sachlicher Verwaltungsaufwand und Vermögenstransaktionen wie: Erwerb von Liegenschaften, Beteiligungen, Wertpapiere usw.

Die ab Mitte 1953 wirksame erste Etappe des Nachziehverfahrens für Bundesbedienstete belastete den Bundeshaushalt noch im Jahre 1953 mit einem zusätzlichen *Personalaufwand* von etwa 350 Mill. S. Weitere Mehrkosten ergaben sich durch Personalvermehrungen (bei den Lehrern), Volksdeutsche erhielten erstmalig Pensionen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens und die Pensionen ehemaliger Nationalsozialisten wurden endgültig angeglichen. Der Aufwand für Aktive stieg um 278 Mill. S und der

für Pensionisten um 189 Mill. S. Der Mehraufwand wurde zu zwei Dritteln von der Hoheitsverwaltung und zu einem Drittel von den Bundesbetrieben getragen. Der gesamte Personalaufwand erreichte im Jahre 1953 7,9 Mrd. S (5 Mrd. S für Aktive und 2,9 Mrd. S für Pensionisten) oder 37% der ordentlichen Gebarung gegen 7,4 Mrd. S im Jahre 1952. Die geplanten weiteren Etappen des Nachziehverfahrens werden den Anteil der Personalkosten weiter steigern, zumal da eine ins Gewicht fallende Verminderung der Personalstände kaum zu erwarten ist.

Entwicklung des Personalaufwands

	1952 Erfolg	1953 vorl. Erfolg Mill. S	Mehrbelastung
Löhne und Gehälter der Aktiven			
a) Hoheitsverwaltung ¹⁾	2.658	2.859	+201
b) Monopole und Betriebe ²⁾	2.048	2.125	+ 77
	4.706	4.984	+278
Pensionen			
a) Hoheitsverwaltung	1.147	1.257	+110
b) Monopole und Betriebe	1.548	1.627	+ 79
	2.695	2.884	+189
Summe...	7.401	7.868	+467

¹⁾ Einschließlich der im Sachaufwand verrechneten Arbeiterlöhne, aber ohne die im Investitionsaufwand verrechneten Personalkosten. — ²⁾ Ohne die kollektivvertraglich geregelten Arbeiterlöhne.

Der Aufwand für *Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) stieg um 240 Mill. S auf 3.350 Mill. S. Der Bund hatte im Jahresdurchschnitt um 24.000 oder 19% mehr Arbeitslose zu versorgen und gab daher um 176 Mill. S mehr für Arbeitslosenunterstützungen aus. Der Aufwand für Kinderbeihilfen stieg um 70 Mill. S, da die der Schule entwachsenen Jugendlichen nur langsam in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten und der Kreis der Bezugsberechtigten erweitert wurde. Dagegen konnte der Zuschuß des Bundes zur Sozialversicherung mit 1.037 Mill. S etwas kleiner gehalten werden als im Vorjahre, das durch größere Nachzahlungen aus dem Jahre 1951 belastet war.

Renten und andere öffentliche Unterstützungen

	1952 Erfolg	1953 vorl. Erfolg Mill. S	Zunahme(+) Abnahme (—)
Arbeitslosenunterstützungen	934	1.110	+176
Kriegsopferfürsorge	969	948	— 21
Kleinrentner	35	32	— 3
Opferfürsorge	44	42	— 2
Kinder- und Ernährungsbeihilfen	1.127	1.199	+ 72
Haftentschädigung	—	15	+ 15
	3.109	3.346	+237

Einschließlich der Pensionen und des Zuschusses zur Sozialversicherung erreichten die gesamten *sozialen Transferzahlungen* des Bundes die beachtliche Höhe von 7,3 Mrd. S. Der Bund versorgte unmittelbar 848.000 Unterstützungsempfänger, hauptsächlich Pen-

sionisten, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Opferfürsorgeempfänger und Kleinrentner, und finanzierte außerdem mehr als 25% der Sozialrenten. Der Umfang dieser Sozialleistungen zeigt seit Kriegsende eine ständig steigende Tendenz. Im Jahre 1947 wurden nur 48% der Einnahmen des Bundes aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben für soziale Transferzahlungen verwendet, im Jahre 1953 aber bereits 54%. In Zukunft wird zwar der Aufwand für Kriegsoffer langsam zurückgehen. Auch könnte eine allgemeine Konjunkturbelebung den Aufwand für Arbeitslosenunterstützungen verringern. Diese Ersparnisse werden jedoch kaum die Mehrbelastung kompensieren, die sich aus der zunehmenden Vergreisung der Bevölkerung und der geplanten Ausweitung verschiedener sozialer Leistungen ergeben wird. Der Anteil des Volkseinkommens, der im Wege öffentlicher Abgaben und Transferzahlungen von den produktiv Schaffenden auf sozial Bedürftige übertragen wird, dürfte daher weiter zunehmen.

Die Preisstützungen für landwirtschaftliche Produkte konnten mit 1.083 Mill. S annähernd auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden, wiewohl die Wechselkursangleichung die Importe verteuerte. Der Mehraufwand wurde jedoch dadurch wettgemacht, daß die Weltmarktpreise für Brotgetreide und Futtermittel zum Teil beträchtlich zurückgingen und die gute heimische Ernte den Einfuhrbedarf verminderte. Außerdem wurden die Subventionen für Fettrohstoffe eingestellt und die für Mais und Weizen (auf Kosten der Mühlenspanne) gekürzt. Der Charakter der Subventionen hat sich in den letzten Jahren geändert. Handelte es sich ursprünglich um Importsubventionen mit der Aufgabe, die Auslandspreise auf das heimische Preisniveau herabzuschleusen, so bewirkte die Änderung des Subventionensystems, das Sinken der Weltmarktpreise und die Ausweitung der heimischen Produktion, daß ein wachsender Teil der Subventionen der heimischen Landwirtschaft zufließt. Im Jahre 1951 wurden ausschließlich Importwaren subventioniert, in den Jahren 1952

Preisstützungen für landwirtschaftliche Produkte

	1952 Erfolg	1953 vorl. Erfolg Mill. S	Zunahme (+) Abnahme (-)
Getreide	377	473	+ 96
Futtermittel	443	281	-162
Düngemittel	92	74	- 18
Milch	71	191	+120
Fettrohstoffe	97	—	- 97
Sonstige	5	9	+ 4
Lagerspesen	13	55	+ 42
Zusammen...	1.098	1.083	- 15
davon			
Import	878	611	-267
Inlanderzeugung	207	417	+210
Lagerspesen	13	55	+ 42

und 1953 sank jedoch der Anteil der Importe auf 80% und 56%.

Für Investitionen und investitionsähnliche Zwecke (Bruttoinvestitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft) wurden im Rahmen des Budgets 3,7 Mrd. S bereitgestellt; davon 2,1 Mrd. S im ordentlichen und 1,6 Mrd. S im ao. Haushalt. Einschließlich der nicht im Budget verrechneten Mittel der beiden Wohnbaufonds investierte der Bund 4,4 Mrd. S, annähernd gleich viel wie im Jahre 1952. Diese Leistung ist um so beachtlicher, als im Jahre 1953 nur 0,9 Mrd. S Counterpartmittel für Investitionen freigegeben wurden, um 0,6 Mrd. S weniger als im Vorjahre. Sie war nur möglich, weil der Bund dank der günstigen Entwicklung der Steuererträge über hohe öffentliche Ersparnisse verfügte und im Wege von Anleihen private Ersparnisse heranziehen konnte. Aus Steuern und sonstigen laufenden Einnahmen wurden 2,6 Mrd. S Investitionen finanziert, mehr als in irgend einem Jahr seit Kriegsende. Dazu kamen 154 Mill. S Anleiherlöse (130 Mill. S aus dem Postkredit und 24 Mill. S aus der Opernanleihe). Trotzdem waren die investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes real noch um

Investitionen¹⁾ und Investitionsförderung des Bundes im Jahre 1953

	Investitionsausgaben des Bundes			Budget- mittel	Finanzierung ERP		Anlei- hen
	ord. Ge- barung	ao. Ge- barung	insge- samt		Frei- gaben	Rück- flüsse	
Mill. S							
Hoheitsverwaltung							
Straßen und Brücken	424	11	435	426	9	—	—
Bundesgebäude	300	—	300	300	—	—	—
Wildbachverbauung und Bauten zum Schutze der Landwirtschaft	197	—	197	181	16	—	—
Sonstige	14	—	14	—	14	—	—
Zusammen ...	935	11	946	907	39	—	—
Bundesmonopole und Betriebe							
Eisenbahnen	707	432	1.139	1.139	—	—	—
Post	245	158	403	273	—	—	130
Bundesforste	—	21	21	—	21	—	—
Bundestheater	—	50	50	26	—	—	24
Monopole	7	—	7	7	—	—	—
Sonstige	1	—	1	1	—	—	—
Zusammen ...	960	661	1.621	1.446	21	—	154
Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft							
Wohnungsbau	171	206	377	208	169	—	—
Ausbau der landwirtschaft- lichen Produktion	—	205	205	—	177	28	—
Ausbau der Forst- wirtschaft (Privatforste)	—	52	52	1	47	4	—
Förderung der Industrie- produktion	22	417	439	22	417	—	—
Fremdenverkehr	19	32	51	19	17	15	—
Donauschifffahrt	2	8	10	10	—	—	—
Zusammen ...	214	920	1.134	260	827	47	—
Investitionen und Investi- tionsförderung insges.							
	2.109	1.592	3.701	2.613 ²⁾	887 ³⁾	47 ⁴⁾	154 ⁴⁾

¹⁾ Einschl. Instandhaltung. — ²⁾ Davon ord. Gebarung 2.079 Mill. S, ao. Gebarung 534 Mill. S. — ³⁾ Ord. Gebarung 30 Mill. S, ao. Gebarung 857 Mill. S. — ⁴⁾ Ao. Gebarung.

21 Mrd. S niedriger als im Jahre 1951. Dieses hohe Investitionsvolumen, das hauptsächlich umfangreichen ERP-Freigaben zu danken war, dürfte auch in Zukunft kaum wieder erreicht werden.

Der Rückgang der ERP-Mittel bewirkte zwangsläufig, daß sich auch die Richtung der Investitionstätigkeit änderte. Der Bund zieht sich mehr und mehr auf seine traditionellen Investitionen in der Hoheitsverwaltung und in den Bundesbetrieben zurück und schränkt die Finanzierung von Investitionen in anderen Bereichen der Wirtschaft ein. Eine Ausnahme bildet nur der Wohnbau, der voraussichtlich noch auf längere Sicht durch öffentliche Mittel gefördert und finanziert werden wird. Von den gesamten investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes entfielen im Jahre 1953 58% auf die Hoheitsverwaltung und die Bundesbetriebe und nur 42% auf andere Bereiche der Wirtschaft. Im Jahre 1951 hatte dagegen das Verhältnis noch 39% zu 61% betragen.

Investitionsfinanzierung des Bundes

	1951 ¹⁾	1952 Mrd. S	1953
A. Finanzierungsquellen			
Steuern und andere Budgetmittel ²⁾	2'54	2'00	2'61
Kreditoperationen		0'36 ³⁾	0'15 ⁴⁾
Außerhalb des Bundesbudgets verrechnete			
Mittel des Wohnbaufonds ⁵⁾	0'49	0'62	0'72
ERP-Counterparts ⁶⁾	3'48 ⁷⁾	1'54 ⁸⁾	0'94
Zusammen...	6'51	4'52	4'42
B. Verwendung			
Hoheitsverwaltung des Bundes ⁹⁾	1'00	1'04	0'94
Monopole und Betriebe ¹⁰⁾	1'53	1'26	1'62
Übrige Wirtschaft ¹¹⁾			
Industrie	2'35	1'12	0'44
Wohnbau	0'81	0'76	1'10
Land- und Forstwirtschaft	0'66	0'27	0'26
Übrige ¹²⁾	0'16	0'07	0'06

¹⁾ Zu Preisen von 1952 (112'3% der nominellen Werte). — ²⁾ Ordentliche und außerordentliche Gebarung. — ³⁾ Schatzscheine und sonstige kurzfristige Kreditoperationen. — ⁴⁾ Anleihen. — ⁵⁾ Wohnhaus-Wiederaufbaubeiträge vom Einkommen, Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz sowie Wohnbauförderungsbeiträge. — ⁶⁾ ERP-Mittel, soweit sie der Investitionsfinanzierung dienen. — ⁷⁾ Davon 2'35 Mrd. S in der Anleihengebarung verrechnet. — ⁸⁾ Einschließlich 244 Mill. S, welche nach dem bis zum 30. Juni 1952 gültigen Verfahren von der Bundesschuld abgebucht und in der Anleihengebarung verrechnet wurden. — ⁹⁾ Bruttoinvestitionen und Instandhaltung. — ¹⁰⁾ Investitionsförderung aus Bundesmitteln, vorwiegend in Form von Darlehen. — ¹¹⁾ Fremdenverkehr, Donaushiffahrt etc.

Für Neuinvestitionen und Instandhaltung im Bereiche der Hoheitsverwaltung wurden im Jahre 1953 950 Mill. S aufgewendet, hauptsächlich für Straßen, Brücken, Bundesgebäude, Wildbachverbauung, Wasserbauten und Kanalisation. Die Investitionssumme war um 100 Mill. S niedriger als im Jahre 1952 und wurde fast ausschließlich aus laufenden Bundesmitteln finanziert. Die für Investitionen der Hoheitsverwaltung freigegebenen 39 Mill. S ERP-Mittel deckten nur 4% des Investitionsaufwandes.

Die Betriebe und Monopole des Bundes investierten im Jahre 1953 1.621 Mill. S, um 360 Mill. S

mehr als im Jahre 1952. Der Hauptanteil (1'14 Mrd. S) entfiel auf die Bundesbahnen, die ausschließlich aus laufenden Budgetmitteln investierten. Von den Investitionen der Post in Höhe von 400 Mill. S konnten 130 Mill. S aus dem Schweizer Postkredit gedeckt werden. Die Bundesforste erhielten 21 Mill. S ERP-Mittel und die Bundestheater verbauten 50 Mill. S, davon 24 Mill. S aus der Opernanleihe.

Zur Förderung von Investitionen in anderen Bereichen der Wirtschaft gab der Bund¹⁾ 1.860 Mill. S aus, um 360 Mill. S weniger als im Jahre 1952. Die Finanzierung erfolgte etwa je zur Hälfte durch laufende Budgetmittel und ERP-Mittel. An der Spitze stand der Wohnbau mit 1'1 Mrd. S, um 340 Mill. S mehr als im Vorjahre. Davon stammten 720 Mill. S aus Wohnbausteuern, die unmittelbar den Wohnbaufonds zufließen (Wohnhaus-Wiederaufbaubeiträge und Wohnbauförderungsbeiträge), 208 Mill. S aus laufenden Budgetmitteln und 169 Mill. S aus ERP-Mitteln. Der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds verfügte über 657 Mill. S und der Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds über 346 Mill. S. Außerdem wurden 97 Mill. S unmittelbar von der Hoheitsverwaltung verbaut. Vom Rückgang der Counterpartmittel wurde hauptsächlich die Industrie betroffen, die nur 440 Mill. S Förderungsmittel erhielt (davon 417 Mill. S ERP-Kredite), gegen 1.120 Mill. S im Jahre 1952 (1.117 Mill. S). Für landwirtschaftliche Investitionen wurden dagegen fast gleich viel Mittel bereitgestellt wie im Vorjahre (260 Mill. S gegen 270 Mill. S).

Wohnbaufinanzierung des Bundes

	1951 ¹⁾	1952 Mill. S	1953
Verfügbare Mittel	810	760	1.100
davon			
Wohnbausteuern	491	620	720
Budgetmittel	194	83	208
ERP	125	57	169
Verteilt durch			
Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds	192	178	346
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds	614	500	657
Hoheitsverwaltung des Bundes	4	82	97

¹⁾ Zu Preisen von 1952 (112'3% der nominellen Werte).

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes erreichten 22.736 Mill. S, um 1.646 Mill. S oder 8% mehr als im Jahre 1952 (21.090 Mill. S). Scheidet man die Counterparteinnahmen aus, so beträgt die Steigerung sogar 2.126 Mill. S oder 11%. Von den Bundeseinnahmen im engeren Sinne (ohne Counterpartmittel) in Höhe von 21.587 Mill. S stammten 13.430 Mill. S

¹⁾ Bei Einbeziehung der Wohnbaufonds.

oder 62% aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen der Haushalte und Unternehmungen und 6.551 Mill. S oder 30% aus erwerbswirtschaftlichen Einnahmen der Monopole und Betriebe. Der Rest entfiel auf Kostenersätze, Einnahmen aus Vermögenstransaktionen und auf verschiedene Erträge des Bundesvermögens.

Die Bundeseinnahmen 1953

	1952 Erfolg	1953 vorl. Erfolg Mill. S	Zunahme (+) Abnahme (-)
I. Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung			
Steuern	10.118	11.331	+1.213
Steuerähnliche Einnahmen	2.003	2.099	+ 96
Beiträge anderer öffentlicher Körperschaften	118	124	+ 6
Pensionsbeiträge und Beiträge auf Grund des Bonner Abkommens	69	105	+ 36
Gewinnabfuhr ¹⁾	76	326	+ 250
Laufende Ressort-einnahmen und Sonstige (Restpost) ²⁾	799	1.051	+ 252
Zusammen ...	13.183 ³⁾	15.036 ⁴⁾	+1.853
II. Einnahmen der Monopole und Betriebe			
Monopole	653	674	+ 21
Post	1.788	1.851	+ 63
Bahn	3.340	3.667	+ 327
Sonstige	357	359	+ 2
Zusammen ...	6.138	6.551	+ 413
III. Counterpart-Einnahmen			
ERP-Freigaben	1.402	939	- 463
ERP-Rückflüsse	17	110	+ 93
Sonstige Hilfskonten	350	100 ⁵⁾	- 250
Zusammen ...	1.769	1.149	- 620
IV. Einnahmen insgesamt			
Gesamtgebarungserfolg	-360	+111	+1.646

¹⁾ Gewinnabfuhr der Österr. Nationalbank und des Getreideausgleichsfonds. —

²⁾ Kostenersätze für öffentliche Leistungen durch private Haushalte und Unternehmungen sowie Einnahmen aus Vermögenstransaktionen (Rückzahlung von Darlehen, Verkauf von Liegenschaften, Wertpapieren etc.) — ³⁾ Ohne Counterpart-Einnahmen. — ⁴⁾ Voranschlag (Nachtragsbudget 1952).

Die Mehreinnahmen gegenüber 1952 waren hauptsächlich hohen *Steuereingängen* zu verdanken. Sie stiegen brutto um 1.757 Mill. S (12%) und netto (nach Abzug der Überweisungen an Länder und Gemeinden) um 1.213 Mill. S (12%). Besonders die veranlagten direkten Steuern warfen bedeutende Mehrerträge ab: die Einkommensteuer 470 Mill. S, die Körperschaftssteuer 128 Mill. S, die Gewerbesteuer 319 Mill. S und die Vermögenssteuer 62 Mill. S. Rechnet man die Besatzungskostenzuschläge zu den veranlagten direkten Steuern hinzu, so ergeben sich Mehreinnahmen von über 1 Mrd. S oder 26%. Diese beachtliche Einnahmesteigerung läßt sich hauptsächlich damit erklären, daß im Jahre 1953 erst die Gewinne von 1951 veranlagt wurden, die durchschnittlich um etwa 30% höher waren als im Jahre 1950. Es wurden größere Abschlußzahlungen fällig und die laufenden Vorauszahlungen beträchtlich erhöht. Bei der Gewerbesteuer wirkte sich außerdem die Erhöhung der Hebesätze der Gemeinden aus und bei der Vermögenssteuer die hohen Neuinvestitionen,

die das vielfach unterbewertete Betriebsvermögen weit stärker erhöhen, als es dem realen Wertzuwachs entspräche.

Im Vergleich zu den veranlagten direkten Steuern stieg das Aufkommen an Lohnsteuer nur verhältnismäßig wenig: um 127 Mill. S oder 7%. Die Zunahme war aber stärker als die des Lohn- und Gehaltsniveaus (rund 2 bis 3%), da im Zuge der Entniveleierung viele Beamte und Angestellte in höhere Progressionsstufen gerieten.

Alle übrigen Steuern zusammen erbrachten um 471 Mill. S oder 6% mehr als im Jahre 1952. Die Mehreinnahmen gingen teils auf höhere Umsätze zurück (z. B. bei der Biersteuer), teils waren sie eine Folge von Tarifierhöhungen im Jahre 1952, die sich 1953 das erstemal ganzjährig auswirkten (z. B. bei der Mineralölsteuer sowie bei den Gebühren und Verkehrssteuern). Der Zollertrag stieg, weil autonome Zollbegünstigungen aufgehoben und mehr höher belastete Waren eingeführt wurden. Dagegen waren die Einnahmen aus der Umsatzsteuer nur etwa gleich hoch wie im Vorjahre. Die Bruttoeingänge stiegen zwar dank der leichten Belebung der Wirtschaft, doch wurden gleichzeitig die Rückvergütungen an Exporteure erhöht. An Tabaksteuer ging bei annähernd gleichem Tabakkonsum sogar um 90 Mill. S weniger ein, da im Vorjahre Steuerrückstände abgerechnet worden waren.

Die *steuerähnlichen Einnahmen* des Bundes¹⁾ — Zwangsbeiträge mit Steuercharakter, die nicht im Kapitel „Öffentliche Abgaben“ ausgewiesen werden — waren mit 2.099 Mill. S nur um 96 Mill. S höher als im Jahre 1952. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung hielten sich mit 590 Mill. S auf Vorjahreshöhe, während die Belastung des Bundes aus der Arbeitslosenversicherung durch die höhere Zahl der Arbeitslosen gestiegen ist. Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfen, der in Höhe von 6% der Lohnsumme eingehoben wird, ist leicht gestiegen. Die übrigen steuerähnlichen Einnahmen, wie Kunstförderungsbeiträge, ZAE-Beiträge und Beiträge zur Deckung der Wohnungsbeihilfen für Rentner und Arbeitslose, haben sich nur geringfügig verändert.

Von den *sonstigen* laufenden Einnahmen der Hoheitsverwaltung in Höhe von 1.606 Mill. S sind vor allem die Gewinnabfuhr in Höhe von 326 Mill. S sowie die Rückstellung von 147 Mill. S Gold aus dem Brüsseler Fonds hervorzuheben. Die Gewinnabfuhr stammen hauptsächlich von der Notenbank

¹⁾ Ohne Einnahmen aus Preisausgleichsfonds, über die noch keine genauen Unterlagen vorliegen.

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1952 Erfolg	1953 vorl. Erfolg Mill. S	Unterschied zu 1952
A. Steuern			
Direkte Steuern			
Einkommensteuer	1.793	2.260	+ 467
Lohnsteuer	1.793	1.920	+ 127
Körperschaftsteuer	797	925	+ 128
Vermögenssteuer und Aufbringungs- umlage	99	161	+ 62
Gewerbesteuer	1.136	1.455	+ 319
Besatzungskostenbeiträge	618	797	+ 179
Andere direkte Steuern	26	30	+ 4
Zusammen	6.262	7.548	+1.286
Umsatzsteuer			
Zölle	420	576	+ 156
Tabaksteuer	1.141	1.051	- 90
Biersteuer	238	282	+ 44
Weinsteuer	62	61	- 1
Mineralölsteuer	458	545	+ 87
Sonstige Verbrauchssteuern	56	60	+ 4
Gebühren und Verkehrssteuern	1.319	1.570	+ 251
Sonstige	79	89	+ 10
Öffentliche Abgaben, brutto	14.583	16.340	+1.757
Überweisungen an Länder und Gemeinden	- 4.465	- 5.009	+ 544
Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben	10.118	11.331	+ 1.213
B. Steuerähnliche Einnahmen			
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	593	589	- 4
Kinderbeihilfen (Dienstgeberbeiträge)	1.196	1.287	+ 91
Kunstförderungsbeiträge und Kultur- groschen	14	17	+ 3
Sonderbeiträge § 12, Wohnungsbeihilfen- gesetz ¹⁾	160	165	+ 5
ZAE-Beiträge	40	41	+ 1
Zusammen	2.003	2.099	+ 96
C. Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt ..			
	12.121	13.430	+1.309

¹⁾ Dienstgeberbeiträge zur Deckung des Wohnungsbeihilfenaufwandes für Rentner und Arbeitslose.

(272 Mill. S) und enthalten einen Teil des Kursgewinnes, der anlässlich der Wechselkursvereinheitlichung im Mai 1953 erzielt wurde. Mit dem Österreich aus dem Brüsseler Fonds zurückgestellten Gold im Werte von 147 Mill. S wurde die österreichische Quote im internationalen Währungsfonds und an der Weltbank finanziert. Die sonstigen laufenden Einnahmen enthalten Entgelte für Verwaltungsleistungen (z. B. Schulgelder, Eintrittsgelder, Erlöse aus dem Verkauf von Drucksorten) und verschiedene Kostenersätze (z. B. Beiträge der Länder und Gemeinden zum Verwaltungsaufwand des Bundes, Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten, Beiträge der Bundesrepublik Deutschland für die Pensionen der Heimatvertriebenen) und Vermögenstransaktionen.

Die Betriebe und Monopole erzielten Einnahmen in Höhe von 6.550 Mill. S, um 463 Mill. S mehr als im Jahre 1952. Die Mehreinnahmen waren teils den Tarifierhöhungen im Kraftwagendienst der Bahn und Post sowie der Aufhebung von Ausnahmetarifen, teils aber auch echten Leistungssteigerungen zu verdanken. Sie reichten gerade aus, die zusätzlichen Ausgaben der Betriebe, hauptsächlich infolge der Kursanpassung, zu decken. Das Defizit der Betriebe (ohne

Investitionen) von zusammen 1.038 Mill. S war um 45 Mill. S höher als im Jahre 1952.

Aus ERP-Mitteln standen dem Bundeshaushalt im Jahre 1953 1.049 Mill. S zur Verfügung; davon 939 Mill. S aus laufenden Freigaben und 110 Mill. S Zinsen und Tilgungsquoten aus früher gewährten ERP-Krediten. Von diesen Mitteln wurden 934 Mill. S investiert, 52 Mill. S für verschiedene Förderungsprogramme (Exportförderung, ÖPZ, technische Hilfe) verwendet und 32 Mill. S an das Hilfskonto abgeführt. Der Saldo von 31 Mill. S wird im nächsten Jahre verrechnet.

ERP-Mittel im Bundeshaushalt 1953

Einnahmen	Verrechnet im ordentlichen außerordentl. Haushalt		Zusammen Mill. S
	Haushalt	Haushalt	
aus Freigaben	82	857	939
aus Zinsen und Rückflüssen für Darlehen vor dem 20. Juni 1952	63	—	63
nach dem 20. Juni 1952	47	—	47
Insgesamt	192	857	1.049
Ausgaben			
aus Freigaben	82	857	939
aus Zinsen und Rückflüssen für Darlehen vor dem 20. Juni 1952	—	47	47
nach dem 20. Juni 1952	31	1	32 ¹⁾
Insgesamt	113	905	1.018

¹⁾ Abfuhr auf das Hilfskonto.

Die Bundesschuld

Die Regelung der Vorkriegsschulden und anderer schwebender Verpflichtungen erlaubt zum erstenmal einen Überblick über Höhe und Zusammensetzung der österreichischen Staatsschuld, mit Ausnahme jener Verpflichtungen, die Österreich künftig aus dem Abschluß eines Staatsvertrages erwachsen könnten.

Die Verschuldung des Bundes hält sich gegenwärtig in verhältnismäßig engen Grenzen. Österreich hat im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten zumindest keine unmittelbare Schuldenlast aus dem Krieg übernommen und verfügte in den Nachkriegsjahren über eine hohe ausländische Hilfe, die den lebenswichtigen Importbedarf deckte und dem Bund beträchtliche Mittel für den Wiederaufbau sicherte. Da auch die Vorkriegsschulden stark ermäßigt werden konnten, waren die per Ende 1953 aushaftenden Finanzschulden des Bundes mit 13,7 Mrd. S relativ — gemessen an der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft und des Fiskus — erheblich niedriger als vor dem Kriege. Sie erreichten nur knapp 22% des Volkseinkommens und 121% der Steuereinnahmen des Bundes gegen 56% und 356% im Jahre 1937.

Bei Beurteilung der Staatsschuld darf weiters nicht übersehen werden, daß ein namhafter Teil nur formellen Charakter hat und weder den Staatshaus-

Die Bundesschuld Ende 1952 und 1953

	Stand 31. 1952	XII. 1953	Zunahme (+) Abnahme (-)
	Mill. S		
A. Auslandschulden			
1. Vorkrieg			
Internat. Bundesanleihe 1930		298'0	
Internat. gar. Bundesanleihe 1933—1953		69'1	
Garant. österr. Konversionsanleihe 1934—1959		480'1	
Sonstige a) Caisse Commune Werte		707'1 ¹⁾	
b) Österr. Creditanst. Regierungsschuldverschreibungen 1936.....		10'4	
c) Schuldversch. für Schuldrückstände in franz. Besitz.....		3'5	
d) Schuldverschreibung gegenüber der Schweiz ..		50'4	
Insgesamt...		1.618'6	
2. Nachkrieg			
12'5 Mill. \$ Surplus Kredit USA	188'7	163'6	— 25'1
10 Mill. \$ War Assets Kredit USA	44'3	39'9	— 4'4
Nebenspesencredit d. Export-Import-Bank.....	6'0	3'4	— 2'6
4 Mill. Kronen Kredit der norwegischen Regierung	10'1	5'9	— 4'2
Österr. Nachkriegsschulden gegenüber Großbritannien.....		225'6	
Insgesamt...	249'1	438'4	
Auslandschulden insgesamt.	249'1	2.057'6	
B. Inlandschulden			
1. Langfristig			
Darlehensschuld des Bundes an die Österr. Nationalbank	1.782'2	1.783'1	+ 0'9
2% Bundesschuldverschreibungen 1947	1.390'2	1.275'8	— 114'4
5% Aufbauanleihe 1949	303'2	295'3	— 7'9
4% Bundesschuldverschreibungen 1953	—	297'9	+ 297'9
Kredit der Creditanstalt-Bankverein (Postkredit)	—	148'2	+ 148'2
7% Opernanleihe	—	35'0	+ 35'0
Insgesamt...	3.475'6	3.835'3	+ 359'7
2. Kurzfristig			
Bundesschatzscheine			
Besatzungskosten	1.991'2	1.991'1	— 0'1
Kassenstärkung	798'6	692'4	— 106'2
§ 27 Währungsschutzgesetz	611'3	517'7	— 93'6
3. Schatzscheinggesetz	190'3	1.383'2	+1.192'9
Sicherstellung des Gegenwertes amerikanischer Hilfslieferungen ...	3.549'0	3.198'6	— 350'4
Insgesamt...	7.140'4	7.783'0	+ 642'6
Inlandschulden insgesamt.	10.616'0	11.618'0	+ 1.002'3

¹⁾ Nominalbeträge in Goldgulden und Goldkronen. Die Basis für den Schuldendienst ist jedoch viel geringer. Sie beträgt auf Grund der Ergebnisse der Konferenz in Rom nur 60% der im Innsbrucker Protokoll 1923 festgelegten Sätze von 27 bzw. 32% des Nominales.

halt noch die Gesamtwirtschaft unmittelbar belastet. Das gilt für die Bundesschuld an die Nationalbank und die bei der Notenbank für verschiedene Zwecke deponierten Schatzscheine, aber auch für die durch Schatzscheine finanzierte Quote am internationalen Währungsfonds und an der Weltbank. Scheidet man diese zumindest gegenwärtig „unwirksame“ Staatsschuld von 6.355 Mill. S aus, denen keine realen Transaktionen zugrunde liegen, so verbleibt eine „wirksame“ Staatsschuld von nur 7.310 Mill. S oder 12% des Volkseinkommens gegen 40% vor dem Kriege.

Dazu kommt, daß gegenwärtig 72% der wirklichen Staatsschuld auf das Inland entfallen, während im Jahre 1937 das Ausland mit einem Anteil von 63% der Hauptgläubiger des österreichischen Staates war. Für die Volkswirtschaft als Ganzes bedeutet aber

nur die Verschuldung gegenüber dem Ausland eine echte Belastung. Die Inlandsschuld bewirkt unmittelbar nur eine andere Verteilung der Einkommen und Vermögen und beeinflusst höchstens mittelbar — wenn die produktiven Schichten durch den Anleihedienst übermäßig belastet werden — die Größe des Sozialproduktes.

Die relative Bedeutung der Bundesschuld in den Jahren 1937 und 1953

	1937		1953	
	Mill. S	Prozent d. Volkseinkommens	Mill. S	Prozent d. Volkseinkommens
1. Gesamtschuld	3.495	56	13.675	22
2. Wirksame Gesamtschuld .. 2.453 ²⁾	39	250	7.310 ³⁾	12
davon	Prozent d. wirks. Gesamtschuld		Prozent d. wirks. Gesamtschuld	
Inland	856	37	5.253	72
Ausland	1.557	63	2.057	28

²⁾ Steuereinnahmen des Bundes, ohne steuerähnliche Abgaben. — ³⁾ Ohne Reliefschuld (430 Mill. S) und Schuld a. d. Österr. Nationalbank (612 Mill. S). — ⁴⁾ Ohne Schuld an die Österr. Nationalbank (1.783 Mill. S), Bundesschatzscheine lt. 3. Schatzscheinggesetz (1.383 Mill. S) und Bundesschatzscheine zur Sicherstellung des Gegenwertes amerikanischer Hilfslieferungen (3.199 Mill. S).

Von den Ende 1953 ausgewiesenen *Auslandschulden* in Höhe von 2.057 Mill. S stammten 1.619 Mill. S aus der Vorkriegszeit. Diese Vorkriegsschulden wurden auf Grund der Römer Schuldenkonferenz im Dezember 1952 und von Einzelverhandlungen mit den wichtigsten Gläubigerstaaten, vor allem mit der Schweiz und mit Großbritannien zum ersten Male in den Schuldenstand aufgenommen. Die im einzelnen sehr komplizierte Regelung enthält u. a. folgende wichtige Bestimmungen: Die derzeit noch aushaftenden titrierten Staatsschulden (Internationale Bundesanleihe 1930, Internationale Bundesanleihe 1933 bis 1953, Internationale österreichische Konversionsanleihe 1934 bis 1959, Creditanstalt-Regierungsschuldverschreibungen 1936), deren genaue Höhe zum Teil durch einen Gläubigeraufruf festgestellt werden soll, werden ab 1954 zu einem ermäßigten Satz von 4'5% verzinst und von 1959 bis 1980 amortisiert. Rückständige Tilgungsquoten der Jahre 1945 bis 1953 werden gegenüber den Garantiemächten, die ihre Verpflichtungen erfüllt haben, durch eine Pauschalsumme in Höhe von 28'5% der tatsächlichen Rückstände abgegolten und binnen 25 Jahren zinsfrei getilgt; die rückständigen Zinsen aus dieser Periode wurden zu einem ermäßigten Zinssatz berechnet. Für die Anleiheverpflichtungen aus den Kriegsjahren kommt auf Grund des Londoner Schuldenabkommens vom September 1953 die Deutsche Bundesrepublik auf. Die nichttitrierten Verpflichtungen gegenüber der Schweiz konnten von 46 Mill. sfrs auf 8'5 Mill. sfrs herabgesetzt werden und sollen in 20 zinsfreien Halbjahresraten zurückgezahlt werden. Dank

diesen Vereinbarungen konnten die Vorkriegsschulden an das Ausland, die Ende 1937 einen Kurswert von 2 Mrd. S hatten und die — nach Abzug des repatriierten Kapitals — zu den gegenwärtigen Wechselkursen einen Wert von 5,7 Mrd. S repräsentiert hätten, auf 1,6 Mrd. S reduziert werden. Der Anleihendienst für diese Schuld belastet den Staatshaushalt und die Devisenbilanz ab 1954 mit rund 70 Mill. S pro Jahr.

Die Nachkriegsschulden des Bundes an das Ausland waren mit 438 Mill. S relativ gering. Die Zunahme um 189 Mill. S im Jahre 1953 geht nicht auf die Aufnahme neuer Schulden, sondern nur auf die zahlenmäßige Fixierung alter Schulden zurück. Die britische Regierung hatte nach dem Auslaufen der UNRRA in den Jahren 1947 und 1948 Hilfslieferungen im Werte von 3,5 Mill. Pfund Sterling nach Österreich gesendet, wobei die Frage nach der Finanzierung (Geschenke oder Kredite) offen geblieben war. Der Kreditanteil wurde nunmehr auf Grund einer Vereinbarung zwischen der österreichischen und der britischen Regierung mit 256 Mill. S festgelegt. Hievon wurden 30 Mill. S bereits im Jahre 1953 getilgt. Die übrigen meist aus dem Jahre 1946 stammenden Nachkriegsschulden aus verschiedenen Hilfslieferungen wurden planmäßig amortisiert.

Die *Inlandsschuld* des Bundes betrug Ende 1953 11.618 Mill. S; davon waren 3.835 Mill. S oder 33% längerfristige Verpflichtungen. Die Stabilität der Währung, die hohe Liquidität der Kreditinstitute sowie die bewußte Förderung, die die Wirtschaftspolitik dem langfristigen Sparen angeeignet läßt, ermöglichten es dem Bund erstmals seit Kriegsende, sich größere Mittel auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen. Auf Grund eines Schweizer Bankenkredites von 215 Mill. S (36 Mill. sfrs) gewährte die Creditanstalt dem Bund einen langfristigen Kredit für die Vollautomatisierung des Fernsprechnetzes, von dem im Jahre 1953 148 Mill. S beansprucht wurden. Weiters haben sechs österreichische Banken die Übernahme von 100 Mill. S Opernanleihe zugesagt. Die erste Tranche dieser Anleihe in Höhe von 35 Mill. S wurde mit einer Verzinsung von 7% im November 1953 aufgelegt. Schließlich konvertierte der Bund 298 Mill. S kurzfristige Zahlungsrückstände an die Rentenversicherungsanstalten in 4%igen Bundesschuldverschreibungen 1953 mit siebenjähriger Laufzeit. Der Anteil des Bundes an der Energieanleihe wurde im Jahre 1953 nicht beansprucht und scheint daher noch nicht im Schuldenstand auf. Von der aus früheren Jahren stammenden langfristigen Bundesschuld wurden 114 Mill. S 2%ige Bundesschuldverschreibungen 1947 aus den Erträgen der Vermögens-

abgaben und 8 Mill. S Aufbauanleihe 1949 aus laufenden Budgetmitteln amortisiert. Die Bundesschuld an die Notenbank blieb abgesehen von einer Buchungskorrektur unverändert.

Von der gesamten kurzfristigen Inlandsschuld von 7.783 Mill. S entfielen nur 3.201 Mill. S auf verzinsliche Schatzscheine mit Geldmarktcharakter. Davon waren 1.991 Mill. S eskontfähige Besatzungskosten-Schatzscheine, 692 Mill. S Kassenstärkungsschatzscheine und 518 Mill. S Schatzscheine, die den Kreditinstituten gemäß § 27 WSchG als Liquiditätsstütze zur Verfügung gestellt wurden und den Bund nicht belasten. Von diesen Geldmarktpapieren, die gegenwärtig großteils im Besitz der Kreditinstitute sind, konnten im Jahre 1953 106 Mill. S Kassenstärkungsschatzscheine getilgt und 94 Mill. S Schatzscheine gemäß § 27 WSchG aus dem Umlauf gezogen werden, da die hohe Liquidität der Kreditinstitute diese künstlichen Liquiditätsstützen mehr und mehr entbehrlich macht.

Außer diesen monetär wirksamen Schatzscheinen befanden sich Ende 1953 4.582 Mill. S unverzinslicher Schatzscheine im Depot der Notenbank. Zum überwiegenden Teil handelte es sich um Schatzscheine für ERP-Lieferungen. Da auf dem Counterpartkonto der volle Gegenwert der Hilfslieferungen hinterlegt werden muß, die tatsächlichen Erlöse aber bei subventionierten Waren niedriger waren, entstand auf dem Counterpartkonto bis zur Übernahme der Subventionen durch den Bund eine Lücke zwischen den tatsächlichen und den rechnungsmäßigen Eingängen (price gap), die zunächst durch Schillingerläge der Nationalbank ausgeglichen wurde. Diese Erläge wurden durch eine Forderung der Nationalbank an den Bund gedeckt. In gleicher Weise werden schwebende Abrechnungen (time lag) finanziert. Durch Abbau schwebender Abrechnungen konnten diese Verpflichtungen des Bundes im Jahre 1953 um 350 Mill. S auf 3.199 Mill. S verringert werden.

Außerdem befinden sich im Depot der Notenbank 1.383 Mill. S Schatzscheine, die gemäß dem dritten Schatzscheingesetz begeben wurden und die österreichische Quote an der Weltbank und am internationalen Währungsfonds finanzieren. Die Gesamtquote Österreichs in beiden Instituten beträgt 58,91 Mill. Dollar. Davon wurden 1.383 Mill. S in Form von Schatzscheinen, 130 Mill. S in Gold und der Rest in anderen Aktiven eingebracht. Die bei der Nationalbank erlegten Schatzscheine werden nur dann monetär wirksam, wenn diese internationalen Institutionen über die österreichische Quote verfügen.